

FDR Berichte 57

Informationsdienst Drogen und Sucht
Herausgegeben vom Fachverband DROGEN UND RAUSCHMITTEL

Sparen - koste es, was es wolle?

Die Botschaften „Sparen!“ hören wir aller Orten und spüren sie dramatisch. Und es nützt nichts, wenn darauf hingewiesen wird, dass die Suchthilfe schon in der Vergangenheit ein sehr sparsames Verbundsystem aufgebaut hat. Der Fachverband DROGEN UND RAUSCHMITTEL e.V. will mit diesem Beitrag anregen, einmal über das Sparen nachzudenken und dabei vor allem die Kosten-/Nutzenrelation darstellen.

In den Ländern und Gemeinden wird im Jahr 2003 versucht, die Krise der öffentlichen Haushalte durch ein breites Spektrum von Sparmaßnahmen zu entschärfen. Auch die Suchthilfe ist von diesen Sparmaßnahmen in unterschiedlicher Weise betroffen.

Im ambulanten Bereich wird die Betreuung und Beratung überwiegend durch Länder und Gemeinden finanziert. Hier reichen die Sparkürdungen von dem Wegfall aller freiwilligen Leistungen bis zu 10 - 20 %igen Einsparungen im Haushalt 2003.

Die medizinische Rehabilitation wird überwiegend durch die Leistungsträger der gesetzlichen Rentenversicherung bezahlt. Da deren Ausgaben seit vielen Jahren gedeckelt sind, erreichen die "Fallkosten" mittlerweile eine Höhe, die das Budget übersteigen.

Im Bereich der Integration (Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft) herrschen durch die geänderten Bedingungen des Arbeitsförderungsgesetzes (SGB III) große Verunsicherung bzw. ein echter Leistungsabbau durch den Wegfall der ABM und SAM - Maßnahmen. Die neuen Bundesländer sind davon dramatisch betroffen, da hier nicht nur Anschubfinanzierungen, sondern auch soziale Dienstleistungen reduziert werden müssen. Der ökonomischen Beeinträchtigung der Suchthilfe in Westdeutschland steht die existenzielle Bedrohung in Ostdeutschland gegenüber.

Strukturen und Finanzierung

In der Bundesrepublik Deutschland gab es im Jahre 2001 fast 400 niedrigschwellige Angebote für Suchtkranke, über 1.000 Suchtberatungsstellen, davon 360 Drogenberatungsstellen, rund 6.800 Entzugspätze, 11.312 Plätze für die stationäre medizinische Rehabilitation (davon 3.931 für Drogenabhängige), rund 470 komplementäre Einrichtungen und rund 1.230 Plätze in Arbeits- und Qualifizierungsprojekten für Suchtkranke. Rund 400.000 Menschen mit substanzbezogenen Problemen werden jährlich vom Hilfesystem erreicht und erhalten wertvolle Impulse für den Ausstieg aus der Suchtkrankheit.

Die Finanzierung der Suchthilfe ist ein unübersichtliches Feld. Die offiziellen Zahlen besagen, dass den ambulanten Einrichtungen in Westdeutschland pro

Jahr durchschnittlich ein Budget von rund 290.000 € zur Verfügung steht, während dies in den neuen Bundesländern nur rund 115.000 € sind. Im Bereich der medizinischen Rehabilitation beträgt der durchschnittliche Tagessatz in einer stationären Einrichtung 86 €. Leistungen im komplementären Bereich werden zum Teil über Einzelfallhilfe nach dem BSHG oder über Projektkosten bezahlt. Auf diese Weise scheint sich ein hoher Aufwand zu summieren.

Allerdings haben suchtkranke Menschen für diese Leistungen im Rahmen der gesetzlichen Sozialversicherung zuvor Beiträge bezahlt. Bei den freiwilligen Leistungen und bei Sozialhilfeszahlungen handelt es

Ökonomie bedeutet nicht nur Sparen, sondern Optimierung der Kostenminimierung, bezogen auf Effektivitätsmaximierung.

Erbas u.a., 2002

sich um - personenbezogen - befristete Zahlungen, die Impulse im Sinne der "Hilfe zur Selbsthilfe" geben sollen. Suchtkranke Menschen benötigen seltener Dauerunterstützung als etwa Menschen mit einer Behinderung oder chronisch kranke Personen. Falls dennoch eine länger andauernde Betreuung nötig sein sollte, ist ihr Aufwand erheblich geringer, als bei einer Nicht-Betreuung. Die Behandlungskosten bei den sogenannten „Drehtürpatienten“ sind teilweise regional erfasst worden (AOK Magdeburg, AOK Niederbayern) und stellen eine erhebliche Belastung im Gesundheitssystem dar.

Sucht kostet Geld - Suchthilfe spart

Suchtkrankheiten verursachen Kosten: Das Robert-Koch-Institut in Berlin hat die gesellschaftlichen Kosten des Alkoholkonsums auf fast 40 Milliarden DM, vereinfacht gerundet 20 Milliarden € beziffert. Der Fachverband DROGEN UND RAUSCHMITTEL e.V. hat versucht, die Kosten der Drogenabhängigkeit zu berechnen und hat dabei eine Summe von rund 2,5 Milliarden € beziffert.

Menschen, die durch die differenzierten Angebote der Suchthilfe ihre Suchtkrankheit erfolgreich überwinden konnten, verursachen kaum noch gesellschaftliche Kosten, zahlen aber nach Aufnahme einer versicherungspflichtigen Tätigkeit wieder Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Sie tragen also dazu bei, die Kosten der eigenen Behandlung einerseits durch Steuerzahlungen, andererseits durch Beitragszahlungen an die Solidargemeinschaft der Versicherten wieder zu erstatten.

Wenn in Ländern und Gemeinden jetzt die Leistungen für die Finanzierung der Suchthilfe gestrichen oder gekürzt werden bzw. die Rentenversicherungsträger bei den Budgets der medizinischen Rehabilitation Abstriche hinnehmen müssen, so handelt es sich dabei um kurzfristigen Aktionismus, der langfristig zu höheren Kosten führen wird.

20. Jahrgang
Ausgabe Nr. 57
ISSN 1432-7503

1. Oktober 2003
3,50 €

Neu:

»Hier, jetzt,
sofort!
Sammelband
14,80 €

Jugend und
Sucht«
Beim FDR
zu bestellen

In dieser Ausgabe:

- Drogenpolitik in 3
Europa
- Problemanzeige: 3
Berufliche Eingliederung von Suchtkranken
- Wörterbuch: 4
Alkohol
- Neues vom 5
„gewöhnlichen Aufenthalt“
- Thesen zur „guten 6
Arbeit“ in der
medizinischen Rehabilitation
- Aktionsplan 7
„Drogen und Sucht“
verabschiedet
- Kurzmeldungen 7
- Rückblick: 8
26. BundesDrogen-
Kongress 2003
- Frauen und 10
Substitution
- Rezension: Drogen- 12
hilfe und Graumarkt
- Medium Pferd im 13
Therapiebereich
- Fortbildungsüber- 14
sicht im Arbeitsfeld
Sucht
- Impressum 16

B. A
5022
ZB MED